

Gibt es den Flüchtlings-Notstand?

Interview mit Gunther Trübswasser und Reinhard Leonhardsberger von SOS-Menschenrechte

»Eine populistische Politik sucht nach Sündenböcken. Bei der Kürzung der Mindestsicherung geht es nicht darum, Menschen die unerwünscht sind, zu kanfeln. Wir sind überzeugt, dass das nur der Anfang ist. Jetzt geht es um die Flüchtlinge und wer sind die nächsten? Es sind Familien und Menschen betroffen, die am unteren Rand angesiedelt sind«, meinen Gunther Trübswasser und Reinhard Leonhardsberger vom Verein SOS-Menschenrechte beim Interview. »Und die Diskussion um die Mindestsicherung geht weiter. Nach dem Beschluss der Kürzung der Mindestsicherung für Flüchtlinge im ÖÖ Landtag ist die Deckelung für Familien, sowie die Schaffung von 1,50 Euro Jobs für alle BezieherInnen in Diskussion.«



Der Verein SOS-Menschenrechte betreibt in Linz ein Flüchtlingsheim, koordiniert die Hilfe mit 150 haupt- und ehrenamtlichen MitarbeiterInnen und leistet Sensibilisierungsbearbeit bzgl. Menschenrechten in Schulen.

Was wurde nun wirklich in ÖÖ Landtag beschlossen?

Leonhardsberger: »Bisher waren anerkannte Flüchtlinge und subsidiär Schutzberechtigte (enthalten kein Asyl, aber können nicht abgeschoben werden) ÖsterreicherInnen bei der Mindestsicherung gleichgestellt. Sie beträgt zwölf Mal jährlich maximal 914 Euro. Nun gelten für Asylberechtigte, denen nun nur mehr »Asyl auf Zeit« gewährt wird, maximal 520 Euro im Monat, wobei darin auch der Steigerungsbetrag von 155 Euro enthalten ist, der nur an »integrationswillige« Personen ausbezahlt wird. Asylwerber, deren Verfahren noch nicht entschieden ist, erhalten in Quartieren ohne Verpflegung übrigens nur ein Verpflegungsgeld von täglich 5,50 Euro.«

Was läuft in der Flüchtlingspolitik schief?

Leonhardsberger: »Schon im Jahr 2014 hat das UNHCR (UN-Flüchtlingshilfswerk) vor sehr vielen Flüchtlingen gewarnt. Gefordert wurden Hotspots an den EU-Außergrenzen, die Aufteilung auf die EU-Staaten sowie mehr

Mittel für eine bessere Versorgung in den Flüchtlingslagern vor Ort - sonst würden die Flüchtlinge kreuz und quer durch Europa wandern. Im Libanon und in Jordanien ist bereits fast jeder fünfte BewohnerIn ein Flüchtling und diese Länder brauchen bei der Versorgung massive Unterstützung etwa durch das UNHCR oder das World-Food-Programm. Österreich ist dutzende Millionen Euro, die für dieses Lebensmittelpogramm zugesagt wurden, einfach schuldig geblieben. Die Flüchtlinge wollen in der Nähe ihrer Heimat bleiben, nur muss es Arbeit und eine Versorgung mit Essen, Schulen etc. geben.«

Wie stehen Sie zum »Flüchtlingsnotstand« in Oberösterreich?

Trübswasser: »Ich sehe weit und breit keinen Notstand und es gibt sehr viele Menschen, die großartig helfen. Es geht vielmehr um eine Missachtung grundlegender Menschenrechte. Jeder Mensch ist gleich an Würde und Rechten geboren. Die Kürzung macht es besonders für Kinder und Jugendliche, alte, behinderte und kranke Menschen schwer. Wenn im familienfreundlichen Österreich die Mindestsicherung bald auch für Familien gekürzt werden soll, bekommen die, die es jetzt schon schwer haben, nochmals massive Probleme und die anderen applaudieren! Die Flüchtlinge kommen auch nicht wegen unseres Sozialsystems.

Jene, die etwa in Griechenland ankommen, kennen meist das Land Österreich gar nicht und erfahren erst von Unterstützungen, wenn sie hier sind.«

Was muss getan werden um die Integration von Flüchtlingen zu schaffen?

Trübswasser: »Derzeit sind weltweit über 60 Millionen Menschen auf der Flucht. Nicht einmal zehn Prozent davon kommen nach Europa, jeder tausendste nach Österreich. Es gibt bei uns also keinen Notstand! Eine Integration sollte also möglich sein. Derzeit gibt es aber zu wenig Deutschkurse, die ja eine Bedingung dafür sind, dass die Mindestsicherung nicht nochmals gekürzt wird. Wichtig wäre, schon während des Asylverfahrens, Arbeitsmöglichkeiten und Ausbildung anzubieten, damit bei einem positiven Bescheid die Menschen schneller in den Arbeitsmarkt integriert werden können. Außerdem braucht Österreich wieder eine aktive Außen- und Friedenspolitik und Europa einen »Nord-Süd-Dialog«, um mehr Verteilungsgerechtigkeit herzustellen. Niemand verlässt die Heimat ohne Not. Aber wenn die Not ums Überleben zu groß wird, helfen uns auch keine Zäune. Das zeigt, dass Menschen um zu überleben alles riskieren. Heuer sind bereits im ersten Halbjahr 2.900 Menschen auf der gefährlichen Flucht übers Mittelmeer ums Leben gekommen.« (hz)